



Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr, sieht eine generelle Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie. Nur ein starker Betriebsrat konnte bei Magna-Steyr sicherstellen, dass bereits ausgehandelte Betriebsvereinbarungen für die Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer sorgen. Peter Scherz ist auch Arbeiterkammerrat des GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock).

foto: www.bigshot.at

ausgepresst"

auf tretenden Problemen nur für werkseigene Beschäftigte intervenieren. Hinzu kommt, dass gute Kollektivverträge durch den Leiharbeiter-Kollektivvertrag zunehmend unterwandert werden. Die heutigen Leiharbeiter sind die modernen Sklaven unserer Zeit! Bei Leiharbeitern kann der Arbeitgeber die Verleihfirma anrufen und sie einfach abbestellen.“ Wie ein Produkt aus einem Versandhauskatalog.

„Ich appelliere an die Solidarität!“

„Der soziale Sprengstoff, den die Materie birgt“, meint Peter Scherz, „ist der Gewerkschaft noch gar nicht bewusst!“ Denn: Ist ein Leiharbeiter krank, trägt der Unternehmer keinerlei Risiko. Die höchste Kündigungsfrist bei Leihar-

beitern – selbst bei jahrelanger Beschäftigung – beträgt 7 Wochen. Ein Sprecher von Magna Steyr sagte vor einiger Zeit: „Leihkräfte sind unsere Mannövriermasse. Damit schützen wir das Stammpersonal.“

„Der Applaus an dieser Stelle war nicht angebracht“, zeigt sich Peter Scherz enttäuscht, denn: „Auch bei Magna werden bestehende Arbeitskräfte sukzessive gegen Leiharbeiter ausgetauscht. Ich appelliere an den Solidaritätsgedanken unter den Beschäftigten, denn wir sitzen alle in einem Boot und haben die gleichen Interessen, egal, wo wir herkommen“, so sein Aufruf.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

MEINUNG

Arbeiterkammerrat Peter Scherz zur AK-Vollversammlung in Graz

Von „Kuba-Krise“ bis Sozialpolitik



Drei Anträge des Gewerkschaftlicher Linksblocks (GLB) wurden auf der AK-Vollversammlung vom 26. 4. einstimmig angenommen: Die AK fordert Maßnahmen gegen die Spielsucht, eine Reform der Erbschaftssteuer statt ihrer Abschaffung und – im Zusammenhang mit dem Verkauf der Mehrheitsanteile von Böhler-Uddeholm – die Schaffung einer Steiermark-Holding als Kernaktionärin von strategisch wichtigen Betrieben.

Unser Antrag, den Vorstand der BAWAG-PSK aufzufordern, die Kündigung der Konten von kubanischen Staatsangehörigen umgehend zurückzunehmen, wurde mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit abgelehnt.

Teil meines Antrages im Namen des GLB war auch die Forderung, die grundsätzliche Haltung der steirischen AK zur BAWAG als Hausbank zu überprüfen. Denn die BAWAG hat schließlich durch illegale Geschäfte Volksvermögen verwirtschaftet und damit den ÖGB in die Krise gestürzt. Jetzt steht der ÖGB unter doppeltem

Zugzwang und akzeptiert zahnknirschend diskriminierende Maßnahmen, die seinen eigenen Statuten widersprechen. In seiner Rede hat AK-Präsident Rothschädl lobend erwähnt, wie toll es ist, dass es mit der neuen Regierung in Österreich wieder eine Sozialpolitik gibt. Mit Kritik hat er gespart.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Arbeits- und Sozialpolitik kann ich wahrlich keinen Richtungswechsel erkennen. Im Gegenteil: Man denke nur an das neue Arbeitszeitgesetz, die Themen Studiengebühren und Eurofighter. Noch 2003 traten Kollege Rothschädl und ich Schulter an Schulter an, um gegen die Pensionsreform zu demonstrieren. Und heute? Von einer Rücknahme der Pensionsreform ist keine Rede mehr. Lediglich die Hacklerregelungsabschlüsse wurden bis 2010 ausgesetzt.

Der Wechsel der SPÖ von der Opposition in die Regierung hat die Sozialisten in der Arbeiterkammer gelähmt, meint Ihr

Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr

Für 8-Stunden-Tag?

Ja, haben wir denn nicht den 8-Stunden Tag werden sich viele fragen.

Die SPÖVP-Bundesregierung hat die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ mit massiven Verschärfungen der Arbeitszeitregelungen beschlossen. Jetzt kann die tägliche Normalarbeitszeit auf 10 Stunden angehoben werden. Für Schichtarbeiter werden „bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit“ 12-Stunden-Schichten kommen. Die 60-

Stunden-Woche ist möglich gemacht. Damit wurde die sogenannte Flexibilisierung der Arbeitszeit entscheidend ausgeweitet.

Die Leute sollen da sein, wenn es für den Profit am günstigsten ist. Gleichzeitig ist von einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich keine Rede. Der ÖGB vollzieht brav nach, was die Regierung vorgibt. An einen Kurswechsel für die arbeitenden Menschen glaubt ohnehin niemand mehr.